

Ein Weltgipfel zur Stärkung der humanitären Hilfe

Bärbel Kofler

Der Humanitäre Weltgipfel war ein wichtiger Schritt, um hilfsbedürftige Menschen in Krisengebieten, Kriegen und in Katastrophen besser zu unterstützen. Das internationale System der humanitären Hilfe hat sich in den letzten Jahren parallel zu den steigenden Anforderungen deutlich professionalisiert. Daher war es wichtig, dass viele humanitäre Akteure am 23. und 24. Mai 2016 in Istanbul zusammengekommen sind, um gemeinsam zu identifizieren, wie das humanitäre System auch zukünftig auf den immer weiter wachsenden humanitären Bedarf reagieren kann. Im Fokus müssen dabei die betroffenen Menschen selbst stehen: Es gab auf dem Gipfel einen breiten Konsens, dass lokale Organisationen und Akteure gestärkt werden müssen – schon im Vorfeld von Krisen. Empfänger von Hilfsmaßnahmen müssen deutlich stärker eingebunden werden, wenn es darum geht, Prioritäten und Modalitäten festzulegen. Sie selbst wissen am besten, was sie brauchen, und wollen ihre eigenen Fähigkeiten und Kenntnisse einbringen.

Mit großer Sorge sehen wir, dass humanitäre Helferinnen und Helfer immer häufiger selbst Opfer von Gewalt werden. Wenn Konfliktparteien Helferinnen und Helfern den Zugang zu den betroffenen Menschen verweigern und wenn humanitäre Einrichtungen oder Hilfstransporte sogar angegriffen werden, werden zentrale Normen des internationalen humanitären Völkerrechts und die humanitären Prinzipien der Menschlichkeit, Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität verletzt. Die Bundesregierung hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Weltgipfel die humanitären Prinzipien als Voraussetzung der humanitären Hilfe erneut klar bestätigte. Letztlich ist die Anerkennung dieser Prinzipien der beste Schutz von humanitären Helferinnen und Helfern in Krisen- oder Konfliktsituationen. Sie ermöglichen den Zugang zu betroffenen Menschen und gewährleisten, dass die Hilfeleistung entsprechend des Bedarfs und nicht nach politischen Prioritäten geleistet wird.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat im Vorfeld des Gipfels in der ›Agenda für die Menschlichkeit‹ (Agenda for Humanity) deutlich gemacht, dass es in erster Linie politische Lösungen für Konflikte braucht, um die Situation von Menschen in Krisen und Konflikten zu verbessern. Dies kann nicht die Aufgabe der humanitären Hilfe sein. Hier sind in erster Linie Maßnahmen der Krisenprävention, Stabilisierung und Entwicklung gefordert, um, wo dies politisch möglich ist, betroffene Staaten besser und gezielter bei der Krisenvorsorge und -bewältigung zu unterstützen. Die Bundesregierung forderte auf dem Gipfel ein besseres Zusammen-

wirken verschiedener Hilfsinstrumente: alle Akteure, die in humanitären Kontexten aktiv sind, müssen stärker zusammenarbeiten und Synergien besser zur Geltung bringen. Unter Wahrung der Neutralität der humanitären Hilfe bedeutet dies, insbesondere bei der Analyse von Situationen und Risiken enger zusammenzuarbeiten und komplementäre Hilfsprogramme zu gestalten. Gleichzeitig muss die humanitäre Hilfe auch zukünftig in der Lage sein, die Menschen zu unterstützen, die besonders schutzbedürftig und von nationalen Hilfsprogrammen ausgeschlossen sind. Dasselbe gilt für Länder, in denen ein Engagement nicht-humanitärer Akteure politisch nicht möglich ist.

Daher bedurfte es während des Gipfels einer klaren humanitären Fokussierung, um das humanitäre System für zukünftige Herausforderungen sinnvoll zu stärken und anzupassen. Dafür hat sich die Bundesregierung im Vorfeld des Gipfels erfolgreich eingesetzt. Der von der Bundesregierung mitverhandelte sogenannte ›Grand Bargain‹ zwischen den größten humanitären Organisationen der Vereinten Nationen, der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung, humanitären nichtstaatlichen Organisationen und den größten humanitären Gebern soll das System der humanitären Hilfe effizienter, schneller, unbürokratischer und reaktionsfähiger machen. Er wird einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der humanitären Hilfe leisten und das humanitäre System auf die wachsenden Herausforderungen vorbereiten.

Ein Konsens zur Stärkung des humanitären Systems war wichtig. Jetzt geht es darum, die Selbstverpflichtungen der Bundesregierung weiter umzusetzen und auf die Staaten und Akteure zuzugehen, die nicht an dem Gipfel teilgenommen haben. Wir müssen gemeinsam Möglichkeiten erörtern, wie sich diese Staaten im Rahmen eines koordinierten Hilfssystems bei der Unterstützung von betroffenen Menschen engagieren können. Deutschland übernimmt gemeinsam mit Australien im Sommer 2016 den Vorsitz der Initiative für Gute Praktiken für Geber humanitärer Hilfe (Good Humanitarian Donorship initiative), der rund 42 Staaten angehören. Auch in diesem Rahmen werden wir die Umsetzung der Selbstverpflichtungen gestalten und auf mögliche neue Partner zugehen.

Die Bundesregierung setzt die in Istanbul gemachten Selbstverpflichtungen bereits um und arbeitet dabei eng mit nationalen und internationalen Partnerorganisationen sowie mit von Krisen und Katastrophen betroffenen Menschen zusammen. Der humanitären Hilfe sind jedoch Grenzen gesetzt: Humanitäre Hilfe ist kein Ersatz für politische Lösungen.



Dr. Bärbel Kofler, geb. 1967, ist Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe. Sie ist seit dem Jahr 2004 Mitglied des Deutschen Bundestags und war zuvor Sprecherin für Entwicklungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion.